

Sessionsforum Wintersession, Schaffhauser Nachrichten vom 10.12.2020

Martina Munz, Nationalrätin

Zögerliches Handeln gefährdet unser Land

Die Belastung der Gewässer mit Pestizid und Nitrat ist alarmierend. Das Parlament muss dringend handeln. Auch die Covid-Pandemie lässt der Politik kein Zögern mehr zu.

Die Schweiz war immer stolz auf ihr sauberes Trinkwasser. Jetzt schlagen die Trinkwasserversorger Alarm. Mittlerweile trinken mehr als eine Million Menschen belastetes Wasser. Die Gemeinden, die für die Trinkwasserversorgung verantwortlich sind, stehen vor einem schier unlösbaren Problem. Nicht nur das Grund- und Trinkwasser, alle Gewässer sind grossflächig durch Pestizide und Nährstoffe belastet. Das Artensterben und der Verlust an Biodiversität schreiten deshalb ungebremst voran. Das etwas getan werden muss, weiss die Politik schon seit Jahren!

Zwei Volksinitiativen wollen nun den Einsatz von Pestiziden stark einschränken, respektive ganz verbieten. Damit wird die Politik endlich zum Handeln gezwungen. Auf Druck der Gemeinden und Kantone hat der Ständerat einem griffigen Kompromiss zu den Initiativen zugestimmt. Der Nationalrat hat letzte Woche ein erstes Mal über dieses Gesetz beraten und es abgeschwächt. Heute Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt. Wird der Kompromiss weiter verwässert, wird die Bevölkerung den Preis für das zögerliche Handeln mit ihrer Gesundheit bezahlen. Um sauberes Trinkwasser als kostbares Gut zu schützen und die Umwelt zu schonen, bliebe ihr einzig die Annahme der Trinkwasser- und die Pestizidinitiative an der Urne. Die Landwirtschaft fürchtet diese weitgehenden Initiativen. Sie täte deshalb gut daran dem Kompromiss zuzustimmen.

Auch die Bewältigung der Pandemie fordert das Parlament. Aktuell sind die Infektionsraten und Todesfälle rekordhoch. Sie sanken einzig, weil in der Romandie praktisch ein Lockdown durchgesetzt wurde. Mittlerweile sind über 5'000 Personen gestorben, hundert Personen sterben an Covid Tag für Tag. Wir müssten täglich eine Staatstrauer einberufen! Der Bundesrat hat nun die Verantwortung übernommen und schärfere Massnahmen angeordnet. Das ist die logische Folge der zu zögerlichen Haltung vieler Kantone in den letzten Wochen. Diesmal muss der Bund aber parallel zu den Massnahmen die Wirtschaftshilfen aufstocken und verlängern. Die betroffenen Branchen und Lohnabhängigen dürfen nicht ein weiteres Mal in Unsicherheit gelassen werden. Für Schaustellende, Barbetriebe, kleine Reisebüros, Restaurants oder die Eventbranche ist die Aufstockung der wirtschaftlichen Hilfen dringend. Doch wer in Bern keine gutbezahlte Lobby hat, geht von den sonst so wirtschaftsfreundlichen Volksvertreterinnen und Vertretern vergessen. In dieser Pandemie kommen die Anträge für das Kleingewerbe und Selbständigen von der linken Ratsseite. Nur dank grossem, öffentlichen Druck wird jeweils den Hilfsmassnahmen zugestimmt. Doch beim Teilerlass für Geschäftsmieten während dem Lockdown wurde das Kleingewerbe im Regen stehen gelassen, eine Konkurswelle wird die Folge sein.

Die bürgerlichen Parteien wehren sich gegen Covid-Einschränkungen und sind nur auf Druck ihrer gewerblichen Klientel bereit die notleidenden Betriebe zu unterstützen. Sie protestierten lautstark beim Bundesrat wegen Einschränkungen und gegen das Durchgreifen des Bundes. Damit leisten sie der Wirtschaft einen Bärendienst. Lediglich rasch sinkende Fallzahlen helfen dem Gewerbe wieder auf die Beine und bewahren die Wirtschaft vor einem grösseren Schaden. Nur das Vertrauen der Bevölkerung kehrt zurück, wenn keine Angst vor Ansteckung mehr besteht. Das kann die Schweiz vor einem nachhaltigen Reputationschaden bewahren. Der Wegzug des World Economic Forum WEF sollte eine Warnung sein.